



Springe, 01.07.2013

PRESSEMITTEILUNG

105 Lehrerstellen nicht neu besetzt – Landesregierung gefährdet Unterrichtsversorgung an Gymnasien

Die CDU-Landtagsabgeordnete Gabriela Kohlenberg zeigt sich besorgt angesichts der Pläne der Landesregierung, nur 225 der 330 freiwerdenden Lehrerstellen an Niedersachsens allgemein bildenden Gymnasien neu zu besetzen. „Unsere Gymnasien sind die meist gewählte Schulform in Niedersachsen. Mit den angekündigten Stellenkürzungen soll dieser Status anscheinend gezielt geschwächt werden“, kritisierte Kohlenberg. Grund für die Maßnahme ist laut Landesregierung die mit mehr als 100 Prozent überdurchschnittliche Unterrichtsversorgung an den Gymnasien. Um sich langfristig der 100-Prozent-Marke anzunähern, wolle man vorausschauend weniger Lehrkräfte einzustellen. „Damit ist die Unterrichtsversorgung bereits zu Beginn des neuen Schuljahres in sechs Wochen akut gefährdet“, betonte Kohlenberg, die sich bereits mit einer Anfrage zur Unterrichtsversorgung an den Gymnasien in der Region Hannover an die Landesregierung gewandt hat. „Eltern und Schüler haben ein Recht darauf zu erfahren, wie die Situation an den Schulen tatsächlich aussieht.“

Ganz anders sehe es hingegen an den Gesamtschulen aus. „Dort werden die 170 freiwerdenden Lehrerstellen mit 370 neuen Vollzeitkräften mehr als doppelt besetzt“, sagte Kohlenberg. „Ich befürchte, dass erneut Schulformen zugunsten der Gesamtschulen benachteiligt werden“, sagte die CDU-Landtagsabgeordnete. Offenbar bedeute die Ankündigung der Landesregierung, alle Ressourcen im System belassen zu wollen, dass der Großteil davon an die Gesamtschulen geht. „Eine so offensichtliche Bevorzugung zu Lasten anderer Schulformen ist nicht hinnehmbar“, so Kohlenberg.